

Entschließungsantrag

Der Abgeordneten Anneliese Kitzmüller
und weiterer Angeordneter

betreffend **Schwerpunkt zur politischen Bildung anlässlich der Befreiung vom NS-Terror und des Endes des Zweiten Weltkrieges vor 70 Jahren**

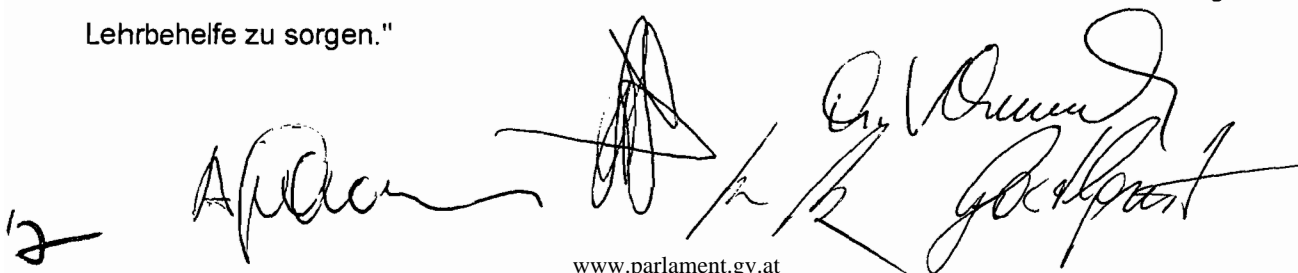
eingbracht in der 215. Sitzung des Nationalrates am 4. Juli 2013, XXIV.GP, im Zuge der Debatte zu Top 36 Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag 2341/A(E) der Abgeordneten Franz Kirchgatterer, Mag. Michael Hammer, Kolleginnen und Kollegen betreffend Schwerpunkt zur politischen Bildung anlässlich der Befreiung vom NS-Terror und des Endes des Zweiten Weltkrieges vor 70 Jahren (2501 d.B.)

Im Jahr 2015 jährt sich das Ende des Zweiten Weltkrieges zum 70. Mal. Die Folgen des Zweiten Weltkrieges auf die europäische und österreichische Gesellschaft und die damit verbundenen Umwälzungen waren enorm. Um die Geschichte und die Folgen des Zweiten Weltkrieges in Erinnerung zu halten, ist es unerlässlich, dieses Kapitel österreichischer Geschichte weiterhin in die Bildungsvermittlung einzubeziehen, um zu vergegenwärtigen, dass auch angesichts jüngster internationaler Konflikte Demokratie, Friede und Wohlstand keine Selbstverständlichkeit sind.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

"Die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur wird ersucht, beginnend mit dem Schuljahr 2014/15 einen Schwerpunkt in der politischen Bildung anlässlich des Endes des Zweiten Weltkrieges vor 70 Jahren zu setzen. Es sollen die Folgen und Auswirkungen auf das politische System in Europa und Österreich sowie die Europäische Union ausreichend erörtert werden. Unter Nutzung der Möglichkeiten der Rahmenlehrpläne sollen Themen, wie insbesondere der Holocaust und andere Genozide, totalitäre Ideologien, Vertreibungen, insbesondere der Altösterreicher, Verbrechen der TITO-Partisanen in Kärnten und der Steiermark, die Liquidation der kroatischen Streitkräfte und Zivilpersonen im Bleiburger Raum, der Ost-West-Konflikt, Bündnissysteme und internationale Organisationen und Entwicklung von Demokratien unter Bezugnahme auf aktuelle weltpolitische Ereignisse erörtert und behandelt werden. Weiters sind Zeitzeugen im Rahmen der sog. "Oral History" in den Lehrplan einzubauen und für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Lehrbehelfe zu sorgen."



www.parlament.gv.at